

## Tarif-Verhandlungen

Am 13. Januar d. J. fanden vor dem Schlichtungsausschuss Tarif-Verhandlungen zwischen den Zw. Zaw. Automobilistów sowie folgenden Arbeitgeber-Verbänden statt.

1. Związek Pracodawców dla Przemysłu Ceglarskiego.
2. Związek Polskich Zrzeszeń Gospodarczych Województwa Śląskiego.
3. Związek Pracodawców Handlu Hurtowego.
4. Związek Pracodawców dla Przemysłu Budowlanego.
5. Związek Samodzielnych Polskich Budowniczych.
6. Związek Pracodawców Przemysłu Górniczo-Hutniczego.
7. Związek Pracodawców Przetwórczego Przemysłu Metalowego na Górnym Śląsku.

Im Schlichtungsausschuss saßen unter anderem als Beisitzer die Kollegen Adamczyk Al. und Zgraja. Die Chauffeure vertrat vor der Kommission Kollege Augsburg und Mainka.

Nach der Begründung durch Kollegen Mainka ergriff als erster der Vertreter der Grossindustrie das Wort und erklärte, dass für die Grossindustrie sowie auch weiterverarbeitende Industrie kein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden könnte, da ein solcher bereits besteht.

Der Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigung verfocht den Standpunkt, dass zuerst mit den polnischen Arbeitgeber-Verbänden das Grosshandels ein Tarif-Vertrag abgeschlossen werden müsste. Im Grunde sei seine Organisation nicht abgeneigt einen Tarif-Vertrag für die Chauffeure abzuschliessen. Die Vertreter der übrigen Verbände erklärten, dass für sie eine Notwendigkeit zum Abschluss eines Tarif-Vertrages nicht bestehe und sie es ablehnen einen Tarif-Vertrag abzuschliessen.

Anschliessend daran erwiderte Koll. Mainka, dass uns Tarif-Verträge, die die Arbeitsgemeinschaft für die Chauffeure abgeschlossen hat, nichts angehen, da die Chauffeure nur im Zw. Zaw. Automobilistów organisiert sind. Diese Ausführungen ergänzte Kollege Augsburg.

Hierauf verliessen auf Aufforderung des Vorsitzenden die Parteien den Saal. Nach längerer Beratung der Kommission wurde beschlossen, die Verhandlungen auf 14 Tage zu vertagen. Vielleicht können inzwischen auf dem Wege gütlicher Vereinbarung einige Streitfragen gelöst bzw. gelöst werden.

An alle Kollegen ergeht inzwischen der Ruf dafür zu werben, dass auch der letzte Chauffeur bei uns organisiert ist, um gegebenenfalls das, was uns zusteht auch durchdrücken zu können.

## Achtung General-Versammlung

Am Sonntag, den 9. Februar d. Js. findet in Saale des Restaurants „Tivoli“, ul. Jordana 12 — vormittags 10 Uhr die jährliche

### GENERAL-VERSAMMLUNG

der Ortsgruppe Katowice des Związku Zawodowy Automobilistów statt. Infolge der wichtigen Tages-

ordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes pünktlich zu erscheinen. — Eintritt in den Saal nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches.

Die Tagesordnung ist folgende:

1. Verlesen des Protokolls der letzten General-Versammlung, sowie der letzten Monatsitzung
2. Tätigkeitsbericht des Vorstandes:
  - a) des Sekretariats;
  - b) des Kassierers;
  - c) der Revisionskommission;
  - d) der Tarifkommission;
  - e) des Kollegen-Gerichts.
3. Unsere Aufgaben für die Zukunft.
4. Wahl des Wahlvorstandes.
5. Wahl des Vorstandes:
  - a) der Revisionskommission;
  - b) des Kollegen-Gerichts;
  - c) der Tarif-Kommission.
6. Verschiedenes und Anträge.

Nach Schluss der Sitzung gemütliches Beisammensein bei Freibier.

## Müssen auf öffentlichen Strassen stehende Automobile unter allen Umständen beleuchtet sein?

Diese Frage hatte im vorigen Monat das Oberlandesgericht in Jena zu entscheiden. Die Entscheidung ist auch deshalb für die oberschlesischen Chauffeure von Interesse, da sich das Urteil auf das Gesetz beruft welches hier in Polnisch Oberschlesien noch seine Gültigkeit besitzt.

Der Angeklagte hatte am 18. November 1928 in Gera seinen Kraftwagen auf einem Parkplatz unbeleuchtet aufgestellt, weil er im Lichtkegel einer Strassenlaterne stand, so dass die Umrisse des Wagens und seine Kennzeichen auch ohne Eigenbeleuchtung einwandfrei zu erkennen waren. Das Amtsgericht in Gera bestrafte den Angeklagten wegen der unterlassenen Beleuchtung seines Kraftwagens nach § 21 des Kraftfahrzeuggesetzes von 1909. Die Revisionsinstanz, das Oberlandesgericht in Jena nahm in seiner Entscheidung gegen alle bisher ergangenen höchstgerichtlichen Entscheidungen in der Beleuchtungsfrage einen ganz entgegengesetzten, aber rechtzeitig praktischen Standpunkt ein. Es rügte die Bestrafung als rechtsirrig und sprach den Angeklagten frei. In der sehr interessanten Begründung heisst es:

„Der Angeklagte kann aber nicht wegen Uebertretung der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr bestraft werden. Er brauchte seinen Kraftwagen nicht besonders zu beleuchten, weil dieser im Lichtkegel einer Strassenlaterne stand. Danach waren die Umrisse und Kennzeichen des Wagens auch ohne Eigenbeleuchtung deutlich genug zu erkennen. Unter diesen Umständen ist es zwecklos, noch eine weitere Beleuchtung des Kraftwagens durch seine eigenen Laternen zu verlangen, zum mindesten nicht für auf einen Parkplatz stehende Kraftwagen. Die besonderen Beleuchtungsvorschriften der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr brauchen nicht eingehalten zu werden, wenn ihr Zweck schon auf andere Weise, nämlich die Strassenbeleuchtung, erfüllt wird. Voraussetzung ist allerdings, dass die Strassenbeleuchtung den Kraftwagen und sein Kennzei-